

# Information

Nr. 3 / 2017

**"Meinst Du, die Russen wollen Krieg....?"**

Zum 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

*Für Mitglieder und Sympathisanten*

Berlin, Oktober 2017

## Zum Geleit

**“Meinst du, die Russen wollen Krieg ...?”** Wer kennt nicht dieses großartige Antikriegsgedicht von Jewgeni Jewtuschenko? Es steht für die frühere Sowjetunion ebenso wie für das heutige Russland. Vom "Dekret über den Frieden", dem Sieg über die Weißgardisten und die Interventen, dem heldenhaften Kampf gegen die faschistischen Barbaren, den Friedensinitiativen während des Kalten Krieges bis zur heutigen Politik Russlands. Über Jahrzehnte haben die Bürger des sozialistischen Deutschlands an der Seite der Sowjetunion den Frieden geschützt. Die Deutsche Demokratische Republik gehörte in Mitteleuropa zu den Garanten friedlicher Entwicklung. Damit erfüllte sie das antifaschistische Vermächtnis nach der Befreiung, ein friedliches Deutschland aufzubauen. Im anderen Deutschland, der Bundesrepublik, wurde schon bald nach Kriegsende unter Mitwirkung der „Russlanderfahrenen“ Militärs der faschistischen deutschen Wehrmacht wieder aufgerüstet und das Feindbild "Russland" genährt. Kaum waren die sozialistischen Staaten weggefallen, wurde Krieg wieder ein Mittel der Politik. Angebliche Revolutionen wurden initiiert und die Welt mit Kriegen überzogen. Russland, das dagegen Widerstand leistet, wird mit Sanktionen überzogen, militärisch bedroht, seine Politik diffamiert, sein Präsident in übler Weise beleidigt. Und das geeinte Deutschland steht dabei wieder an vorderster Stelle. Der 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ist uns Anlass, den Friedenswillen der Völker der Sowjetunion und Russlands zu würdigen, Solidarität mit der Russischen Föderation zu bekunden sowie für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu unserem östlichen Nachbarn einzutreten. Dabei gilt es, alle progressiven Kräfte zu unterstützen, die sich für einen Politikwechsel einsetzen.

Hans Bauer

Herbert Damm

Günter Leo

Dieter Stiebert

**"Dekret über den Frieden" vom 26. Oktober (18. November) 1917, gezeichnet vom "Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Wladimir Uljanow-Lenin"**

*„Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.-25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden aufzunehmen.*

*Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.*

*Die Regierung Russlands schlägt allen kriegführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen.*

*Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft ihr Einverständnis und ihren Wunsch unmißverständlich, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht hat, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.*

*Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsch - gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde - das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der annektierenden oder überhaupt der stärkeren Nation in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.*

*Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg unter den oben genannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende machen.*

*Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die oben genannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimatim betrachtet, d. h., sie ist bereit, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen, wobei sie lediglich darauf besteht, daß das Angebot der Friedensbedingungen seitens irgendeines kriegführenden Landes möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter*

*Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung erfolgt.*

*Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich daran gehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden.*

*Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, werden von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.*

*Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegrafisch als auch auf dem Wege mündlicher Unterhandlungen von Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.*

*Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie es ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens 3 Monate abgeschlossen werde, d. h. für eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen unter der Teilnahme von ausnahmslos allen Völkerschaften oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen.*

*Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Russlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands.*

*Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen - in den großen Vorbildern der Chartistenbewegung in England, in den Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das französische Proletariat vollbracht hat, und schließlich im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz sowie in der für die Arbeiter der ganzen Welt mustergültigen langwierigen und beharrlichen disziplinierten Arbeit zur Schaffung proletarischer Massenorganisationen in Deutschland.*

*Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, daß die Arbeiter der genannten Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe, die Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen zu befreien, erkennen werden, daß diese Arbeiter uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.“ (Lenin Werke, Bd. 26, S. 239ff.)  
(entnommen offen-siv, 5/2017)*

**Prof. Dr. Bernhard Graefrath**, ehem. Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, 10 Jahre Mitglied des Internationalen Menschenrechtskomitees der UNO) anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution  
(aus *Schriften des DDR-Komitees für Menschenrechte von 1987*)

## **Oktoberrevolution und Frieden**

„Das Bündnis zwischen Sozialismus und Frieden ist so alt wie die proletarische Revolution. Als die Schüsse der Aurora den Roten Oktober 1917 einleiteten, kündeten sie zugleich von der Sehnsucht der Massen nach Frieden, einer Triebkraft, die ein wesentlicher Geburtshelfer der Oktoberrevolution war. Und die junge Sowjetmacht existierte noch keine zwei Tage, da wirkte sie bereits als ein entscheidender Hebel im Kampf um Frieden nicht nur für die Völker Russlands, sondern für alle Völker der Welt. Das von Lenin verfasste Dekret über den Frieden war mehr als ein Friedensangebot oder eine Beschwörung, das Verbrechen des imperialistischen Krieges zu beenden. Es bildete das erste Programm für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker, des Gewalt- und Annexionsverbots. Es stützte sich auf die Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, verkündet in der gleichnamigen Deklaration vom III. Gesamtrussischen Sowjetkongress und verstanden als die Menschenrechtskonzeption des Sozialismus, der den Frieden zwischen freien Völkern zu gewährleisten vermag.

Die Dekrete der Oktoberrevolution waren Ausdruck einer neuen Macht und damit keine aufgedruckten Sprüche, sondern Produkt und Instrument eines historischen Prozesses zur Schaffung einer Welt frei von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Die russischen Arbeiter und Bauern, geführt von der Partei der Bolschewiki, hatten die Idee vom „ewigen Frieden“ aus dem Reich der Träume herab auf unsere Erde geholt und zur realisierbaren Aufgabe der Menschheit erklärt . . . .

In Fortführung der Konzeption der Oktoberrevolution und besonders der von Lenin begründeten Politik der friedlichen Koexistenz hatte die Sowjetunion eine Wende in den internationalen Beziehungen eingeleitet, die darauf abzielte, noch unter den Bedingungen des Nebeneinanderbestehens von Sozialismus und Kapitalismus den Weltfrieden zu sichern. Ein gewaltiger Schritt, wenn man bedenkt, dass zu jener Zeit die imperialistischen Mächte noch versuchten, ihr Kolonialregime mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten, die atomare Bedrohung, die vom Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki ausging, in die Nachkriegsentwicklung hineinstrahlte und neue Kriegskoalitionen gegen den Sozialismus geschmiedet wurden.

Der Sieg über den Faschismus im zweiten Weltkrieg brachte mit der Friedenspflicht auch das Prinzip der Achtung der Menschenrechte in die internationalen Beziehungen. . . .

So hat die Oktoberrevolution den Weg gebahnt zu einer neuen internationalen Ordnung, einer internationalen Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten. Als völlig verfehlt gelten deshalb die Versuche, den Übergang vom „europäischen Völkerrecht“, für das die meisten Völker nur Objekt der Kolonisierung waren, zum universellen Völkerrecht als die Ausdehnung des „europäischen Völkerrechts“ auf die Welt darstellen. Die Universalität der internationalen Beziehungen auf Grundlage der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und der souveränen Gleichheit der Staaten ist gerade umgekehrt das Ergebnis der Aufhebung des Machtmonopols der Elite des „christlichen Abendlandes“ über die Völker der Welt. Ohne die Oktoberrevolution wäre dieser Fortschritt nicht erreichbar gewesen. . . .

Das Recht auf Frieden, das Recht auf Leben, die Respektierung der Menschenwürde, die Gleich-

berechtigung der Menschen und Völker – das alles hat die Oktoberrevolution auf die Tagesordnung der Weltgeschichte gesetzt. ...

Ihre Realisierung ist notwendiger denn je, denn im Strahlenmeer eines nuklearen Infernos würde jedes Leben erlöschen. . . . Wir leben auf einem Planeten, der ohne die Oktoberrevolution nicht mehr denkbar ist. Mit ihrem Sieg hat der Kampf um die friedliche Zukunft unseres Planeten und die freie Entwicklung der Menschheit begonnen“.

**Prof. Dr. Arthur Baumgarten**, Rechtsphilosoph, 1952 bis 1960 Präsident der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft  
(aus Publikation der Vereinigung der Juristen der DDR anlässlich des 40. Jahrestages ihrer Gründung 1989)

### **Frieden und Völkerrecht**

..... Arthur Baumgarten sah klar, dass seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft in ein Stadium seiner Entwicklung eingetreten war, der das traditionelle Souveränitätsverständnis der bürgerlichen Theorie zum Grundwidersinn werden ließ, welcher es den Staaten zubilligte, die Völker zum Angriff auf ihre elementaren Daseinsgrundlagen zu bestimmen.

Es ist daher nur zu verständlich, dass Baumgarten dem Satz von der Souveränität der Völker einen bedeutenden Platz im Völkerrecht zuweist. Und es war die Erkenntnis der fundamentalen Ursachen der Kriegsgefahr im System der monopolkapitalistischen Wirtschaft, die ihn fordern ließ, dass, "wenn es sich um die dauerhafte Beseitigung des Krieges handelt, neben dem völkerrechtlichen Weg der sozial-politische ins Auge gefasst werden muss".

Hier tritt deutlich die fundamentale Erkenntnis Baumgartens zutage: nur durch gesellschaftliche Veränderungen, die die Wurzeln des Krieges beseitigen, wird auch die Durchsetzung des neuen Völkerrechts zuverlässig und dauerhaft möglich.

### **Gerhard Feldbauer**

(aus offen-siv 5/2017 "Eine Aggressionsarmee")

### **Bundeswehr führt weltweit Krieg**

Die Bundesrepublik ist treibende Kraft der forcierten EU-Militärallianz, wobei sie sich derzeit (noch) zusammen mit Frankreich (Achse Berlin-Paris) die Führungsrolle teilt.

Machen wir uns keine Illusionen: Der deutsche Imperialismus, der in zwei Weltkriegen selbst um die Weltherrschaft gekämpft hat, ist nicht bereit, diese Rolle heute den USA zu überlassen. Nach der Fürstenfeldbrucker Tagung sprach der damalige Außenminister und frühere BND-Chef Klaus Kinkel dazu bereits 1993 Klartext: „Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potenzial entspricht“, zitierte ihn die „FAZ“ am 19. März 1993. Das heißt, diesmal will der deutsche Imperialismus „den Platz an der Sonne“ an der Spitze der EU erobern. Dazu wirft er sein militärisches Gewicht in die Waagschale. Laut „Spiegel“ (49/03) plante schon der frühere SPD-Kriegsminister Struck über die damals bereits eingesetzten 9.000 Mann hinaus zunächst ständig 35.000 Soldaten zu weltweiten „auch Kriegseinsätzen“ - und für „große Operationen“ 130.000 Bundeswehrsoldaten bereitzustellen.

Und so ging bzw. geht es weiter.

Die Bundeswehr ist heute weltweit in zirka 30 Ländern an völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Kriegseinsätzen beteiligt, darunter in Kosovo (KFOR), in Bosnien und Herzegowina (EUFOR), am Horn von Afrika (Enduring Freedom), in Äthiopien, Eritrea, Sudan, Somalia, Mali (wo gerade wieder zwei Bundeswehrsoldaten ums Leben kamen). Deutsche Soldaten stehen in Polen und Litauen an den Grenzen Russlands und in Georgien (ehemalige UdSSR). Der damalige Bundespräsident Horst Köhler brüstete sich zum 50. Jahrestag der Bundeswehr, dass die Truppe seit 1992 bei neun Einsätzen 150.000 Soldaten ins Ausland geschickt habe, die Hälfte davon nach Afghanistan. Darüber, wie diese Ziffern angewachsen sind, liegen derzeit keine Angaben vor. Nach offiziellen Angaben sind bei diesen Auslandseinsätzen seit 1992 106 Bundeswehrsoldaten ums Leben gekommen, 56 davon in Afghanistan, gefolgt von 27 in Kosovo und 19 in Bosnien-Herzegowina. Darunter fallen 22 Soldaten, die Selbstmord begingen. Tausende Soldaten kehren traumatisiert vom barbarischen Kriegsgeschehen zurück. DPA berichtete am 11. Februar 2015, dass sich 2014 allein 431 Bundeswehrangehörige deswegen in ärztlicher Behandlung befanden. Spätesten hier ist ein Wort zu Bundeskanzlerin Angela Merkel zu sagen. Nachdem schon der einstige Verteidigungsminister Peter Struck verkündet hatte, die Bundesrepublik werde am Hindukusch verteidigt, ist die Kanzlerin heute logischerweise Oberbefehlshaberin.

In der DDR wuchs sie in Frieden auf, dieser Staat trug dazu bei, ihn zu bewahren. Die Pfarrerstochter konnte - entgegen den Klischees, dass Christen solche Bildungswege verwehrt wurden - unbeschwert studieren, promovieren, eine beachtenswerte wissenschaftliche Karriere einschlagen.

1989/90 wechselte sie auf die Seite des wieder zum Krieg treibenden Kapitals. Sie verantwortet heute deutsche Mitwirkung an von den Kriegsverbrechertribunalen nach dem Zweiten Weltkrieg, durch die Charta der Vereinten Nationen und dem noch gültigen Völkerrecht verbotenen Angriffskriegen, den schwersten aller Kriegsverbrechen.

Sie hat als Erste den Tod, die Verstümmelung und die Traumatisierung von deutschen Soldaten, die sie in diese barbarischen und verbrecherischen Kriege schickt, zu verantworten. Sie hat als Oberbefehlshaberin auch kriegsverbrecherische Befehle, wie den des Oberst Klein zur Vernichtung von Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, zu verantworten. Nach den vorliegenden Angaben waren es über 179 Opfer, vor allem Zivilisten, darunter bis zu 142 Tote (der Terminus vernichten ist exakt dem in Afghanistan gebräuchlichen militärischen Sprachgebrauch entlehnt. So hatte auch Oberst Klein in seinem Befehl zum Angriff auf die Tankklaster angeordnet, die dort anwesenden Menschen zu „vernichten“).

Mit diesen Operationen, bei denen es um die Sicherung weltweiter strategischer Einflussphären und immer um Rohstoff-Ressourcen geht, agiert die BRD mit dem Ziel, die EU, einen Staatenbund mit 450 Millionen Menschen und der Hälfte der Weltwirtschaftskapazität, in eine Militärallianz mit einer weltweit interventionsfähigen schnellen Einsatztruppe zu formieren.

Die EU-Mitgliedsstaaten unterhalten fast zwei Millionen Soldaten, ihre Militärausgaben beliefen sich 2010 jährlich auf 200 Milliarden Euro (GFP, 19. 4. 2010)

Wie die USA verfolgt die EU ihre Expansionsziele unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. Das von der EU mit der BRD an der Spitze verfolgte Ziel ist, die Militärallianz so zu stärken, dass sie den USA in absehbarer Zeit im Kampf um die Weltherrschaft Paroli bieten kann.

Es ist eine Entwicklung, die die Gefahr eines Dritten Weltkrieges heraufbeschwört.

*Parlament, Reden im Bundestag 16.02.2017  
(aus Infobrief Wolfgang Gehrcke)*

## **Neuaustrichtung deutscher Außenpolitik ist dringend erforderlich**

Wolfgang Gehrcke, DIE LINKE, zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Bundestag „Für eine neue Ostpolitik Deutschlands

Schönen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Fraktion Die Linke und auch ich selber sind grundsätzlich davon überzeugt, dass wir eine sehr gründliche Neuaustrichtung der deutschen Außenpolitik brauchen. Wie immer, wenn es personelle Veränderungen gegeben hat, kann man inhaltlich einmal darüber nachdenken, ob alles beim Alten bleiben soll. Ein Weiter-so in der deutschen Außenpolitik ist für uns völlig inakzeptabel und führt in die Irre. Im Zentrum einer Neuaustrichtung der deutschen Außenpolitik muss auch eine neue Politik gegenüber Russland stehen; das kann gar nicht oft genug gesagt werden. Man muss sich hier entscheiden, ob Russland für unser Land ein strategischer Partner ist oder ob Russland mittlerweile zu einem Gegner oder Feind gemacht werden darf. Letzteres halte ich für eine Katastrophe. Wir wollen, dass Russland für Deutschland ein strategischer Partner ist und ein strategischer Partner bleibt. Das ist die Grundaussage unseres Antrags.  
(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, dass man sich darauf einigt, dass alle bestehenden Differenzen - darüber kann man nicht hinwegsehen - auf friedliche Art und Weise miteinander gelöst werden.

(Dr. Johann Wadepuhl (CDU/CSU): Meinen Sie die Friedlichkeit in der Ukraine, oder welche Friedlichkeit meinen Sie?)

Der friedliche Umgang auch und gerade bei Differenzen war die Grundlage der sozialdemokratischen Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr. Wir haben uns erlaubt, den Titel unseres Antrags bei der SPD auszuleihen. Nun ist das Problem, dass wir deutsche Ostpolitik betreiben, während die Sozialdemokraten das mittlerweile immer weniger tun. Ich bin dafür, dass wir uns hier einigen - obwohl ich nicht daran glaube, dass das eintreten wird -: Alle Differenzen innerhalb und außerhalb Europas müssen auf friedliche Art und Weise gelöst werden. Das Getöse, wie wir es auf dem NATO-Gipfel erlebt haben, soll endlich aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Geld für Rüstung hinauszuschmeißen, ist doch keine sinnvolle Zukunftspolitik, sondern das Gegenteil.

(Dr. Bernd Fabritius (CDU/CSU): Die Krim-Annexion ist keine Differenz!)

- Ich verstehe schon. Ich habe doch ein schönes Angebot gemacht. Sie hätten auch Ja sagen können.

Ich bin dafür, darüber nachzudenken, wie der gemeinsame Raum von Wladiwostok bis Lissabon - das wird auch oft von sozialdemokratischen Kollegen angeführt - inhaltlich gefüllt werden kann. Was soll denn in diesem gemeinsamen Raum passieren? Was ist die Grundlage dafür? In einem solchen gemeinsamen Raum müssen die Grundlagen Abrüstung - wenn es sein muss, auch einseitige Abrüstung -, Handel statt Krieg gegeneinander, Gleichberechtigung und Sicherheit sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man ernsthaft über die Zukunft nachdenkt, dann könnte ich mir vorstellen, dass die im Aufbau befindliche eurasische Union und die Europäische Union in diesem gemeinsamen Raum nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten.



Es ist doch Irrsinn, dass man heute noch immer von einem Blockdenken ausgeht und sich manche Staaten als Bollwerk gegenüber Russland und nicht als Brücke zu Russland verstehen. Wir wollen diesen gemeinsamen Raum, politisch, sozial, wirtschaftlich, und wir möchten, dass dieser gemeinsame Raum inhaltlich gefüllt wird.

Wenn man das will und insofern zur Entspannungspolitik zurückkehrt, dann muss man die Sanktionen beenden. Das Ende der Sanktionen ist die zentrale Maßnahme, um das Verhältnis zu Russland zu verbessern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ohne ein Ende der Sanktionen wird das nicht eintreten, es wird nicht möglich sein. Ich denke, wenn man über diesen gemeinsamen Raum der Politik nachdenkt, sollte man auch darüber nachdenken, dass man die NATO-Osterweiterung zurücknimmt und in einem ersten Schritt mindestens zu dem Zustand zurückkehrt, den man bei der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags gehabt hat. Ohne eine Rücknahme der NATO-Osterweiterung wird keine konstruktive Zusammenarbeit möglich sein.

Ich bin dafür, dass man darüber nachdenkt - hier haben wir natürlich Differenzen, und es ist wichtig, diese auszutragen -, die Truppenstationierung an der russischen Westgrenze zu beenden und die Truppen endlich zurückzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Johann Wadepful (CDU/CSU): Die russischen Truppen müssen aus der Ukraine zurückgenommen werden!)

Der Trick mit dem rotierenden System hat doch keinen Bestand. Ich möchte gerne, dass man in dem Kontext der Rücknahme der Sanktionen auch überlegt, wie man miteinander solche Probleme wie in der Ukraine vernünftig löst. Es ist sehr gut, dass man sagt: Wir bleiben bei Minsk II. - Das wiederhole ich hier. Wir haben Minsk II immer verteidigt. Das tun nicht alle hier im Hause. (Dr. Johann Wadepful (CDU/CSU): Putin muss mal liefern!)

Dann muss man einen Weg finden, wie man die unterschiedlichen Auffassungen, die sich hier entgegenstehen, miteinander aussöhnen kann. Ich bin dafür, dass man nicht nur stereotyp wiederholt: „Minsk II muss greifen“, sondern eine zeitliche Abfolge der einzelnen Punkte zustande bringt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wissen Sie, zu behaupten, die Russen seien an allem schuld, ist nun wirklich dummes Zeug. Uns wurde im Auswärtigen Ausschuss eine Vorführung des Präsidenten des BND und des Präsidenten des Verfassungsschutzes geboten. Diese hatte den Tenor: Nichts Genaues weiß man nicht, aber an allem sind die Russen schuld. - Dieser Unsinn muss doch endlich aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen zu einem vernünftigen Verhältnis mit Russland kommen, sodass man auch über solche Probleme reden kann.

(Max Straubinger (CDU/CSU): Wer ist denn in die Krim einmarschiert?)

- Jetzt seid ihr plötzlich sehr begeistert von Trump. Trump und Krim. - Die Krim-Frage wird man lösen können.

(Max Straubinger (CDU/CSU): Wenn sich die Russen zurückziehen!)

Könnt ihr euch noch an eure eigene Politik erinnern? Es gab immer eine unterschiedliche Auffassung, wie man mit der DDR umgeht. Aber trotzdem hat man miteinander verhandelt und keine Vorbedingungen gestellt. Wer glaubt, dass sich Russland erst einmal von der Krim zurückziehen muss, der versteht nichts von Realpolitik. Das ist schlichtweg Unsinn, der bewegt sich im Wolkenkuckucksheim.

(Beifall bei der LINKEN)

So verhandelt man nicht. Das kann man von Willy Brandt und Egon Bahr lernen.

Schönen Dank, der Präsident leuchtet hier. Der Präsident leuchtet immer.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

In diesem Fall ist es die Anzeige für Ihre Redezeit.

(Heiterkeit)

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Mittels der Anzeige leuchtet der Präsident. Ich komme dann zum Schluss.

Mir geht es darum, dass wir in den Ausschüssen sehr gründlich über eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik reden. Die ist dringend notwendig. Dazu haben wir Ihnen Vorschläge unterbreitet. Vielleicht erkennen sozialdemokratische Kollegen das eine oder das andere aus ihrer eigenen Geschichte wieder.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

### **Flucht aus der Realität ... in ein Paralleluniversum?**

Die Debatte im Deutschen Bundestag über den Antrag der Fraktion DIE LINKE „Für eine neue Ostpolitik Deutschlands“

Nach dem sehr sachlichen, mit sogar heiteren Einlagen versehenen Einstieg verlief die folgende Debatte über den Antrag bemerkenswert scharf, ja teilweise sogar irrational.

Einige Beispiele:

Zunächst begann **MdB Dr. Christoph Bergner** (Agrar-Ing. aus Halle/Saale) für die CDU/CSU-Fraktion seinen Redebeitrag mit einer Verunglimpfung (und Vorahnung auf das Überschreiten seiner Redezeit):

*"Meine Redezeit reicht nicht aus, um die absurden Behauptungen, grotesken Schlussfolgerungen und anachronistischen Narrative, die Ihren Antrag durchziehen, im Einzelnen zu widerlegen. ... Ich denke, ... dass es an gutem Willen vonseiten Deutschlands, der EU und auch der NATO nicht gefehlt hat, partnerschaftliche Beziehungen zu Russland aufzubauen. Die EU hat in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen. Wir haben gemeinsame Regierungskonsultationen mit Russland durchgeführt. Es gab gemeinsame Gipfel. Es gab die NATO-Russland- Grundakte. Es hat von westlicher Seite wahrlich nicht an der grundsätzlichen Bereitschaft und dem guten Willen gefehlt, ein partnerschaftliches Verhältnis zu Russland aufzubauen."*

Wahr ist dagegen, wie auch der Antrag dem Bundestag festzustellen vorschlägt:

- \* Der russische Vorschlag zu Verhandlungen über ein kollektives Sicherheitssystem in Europa zur Vermeidung geopolitischer Konflikte blieb vom Westen im Wesentlichen unbeantwortet.
- \* Die NATO wurde - obwohl seit Auflösung des Warschauer Paktes obsolet - bis an die Westgrenzen Russlands ausgedehnt.
- \* Ein NATO-Raketenabwehrschirm zerstört das strategische Gleichgewicht.

Wenig später kommt Dr. Bergner dann doch auf den Punkt alt-deutscher Besserwisserei und Verleumdung mit der kaum versteckten Forderung nach einem "Regime-Change":

*"Die russische Führung baut eine eurasische Kaserne, in der auf möglichst allen Fluren der Befehlston des Kremls zu hören sein soll. Dies ist die Realität, von der wir auszugehen haben. ... Das heißt, wenn wir unser europäisches Projekt als ein geschichtliches Aufarbeitungsprojekt betrachten, dann kann das Thema der Aufarbeitung des Totalitarismus nicht ausgeklammert werden, sondern es muss eine zentrale Rolle einnehmen. So heißt es ja auch in der Charta von Paris aus*

dem Jahre 1990:

"Wir verpflichten uns, die Demokratie als die einzige Regierungsform unserer Nationen aufzubauen, zu festigen und zu stärken."

*Vergleichen Sie dieses Leitbild mit der heutigen Situation in Russland. Damit ist doch der eigentliche Konfliktstoff beschrieben, der zu den auch aus meiner Sicht bedauerlichen Konflikten führt, in denen wir uns befinden."*

Richtig wäre dagegen, wie der Antrag der LINKEN feststellt, Konzepten eines "Regime Change" in Russland und unbewiesenen Vorwürfen oder Propaganda-Aktionen in Deutschland entgegenzutreten, die eine Feindschaft zwischen dem Westen und Russland weiter befeuern sollen.

Bei **MdB Marie-Luise Beck** (aus Bremen) für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnte man stellenweise den Eindruck gewinnen, Leonid Breschnew und der Kalte Krieg wären ihr lieber denn je, wie man hören konnte:

*"Putins Russland hat den Weg des Wandels, der Demokratisierung und der Modernisierung verlassen. Russland hat das Grundprinzip der Entspannungspolitik, den Verzicht auf militärische Gewalt, verletzt und unsere Sicherheitsordnung gebrochen. Breschnew wollte die Grenzen in Europa vertraglich sichern. Putin hat sie mit Gewalt verschoben. Das ist ein zentraler Unterschied."*

Wirklich konstruktiv wäre hingegen - wie der Antrag der LINKEN vorschlägt - eine Abkehr von der Behauptung einer russischen Aggression als URSACHE des Konflikts, der durch innenpolitische Entwicklungen entstanden und durch Einflussnahme von außen weiter geschürt wurde, sowie die Einforderung der Umsetzung aller Verpflichtungen im Minsk II-Prozess von ALLEN Seiten.

**MdB Franz Thönnies** in seinem Redebeitrag für die Fraktion der SPD verdreht und verkennt erst einmal Egon Bahr, als er sagte:

*"... eine Politik eingebettet in die NATO-Philosophie ... wonach Sicherheit als die Summe von Verteidigung und Entspannung begriffen wurde, leiteten ihn (Willy Brandt) und Egon Bahr bei der Entwicklung ihrer Ostpolitik. Letzterer stärkte diese mit dem Satz: Amerika ist unverzichtbar, Russland ist unverrückbar. Damit war klar: Zusammenarbeit mit den USA und nachhaltige Sicherheit für Europa gibt es nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland."*

Später verleugnet er leider voll und ganz das anachronistische Block-Denken der NATO:

*"Die ehemalige Geopolitik besteht nicht mehr. Damals standen sich zwei Systeme gegenüber. Zwei Großmächte standen sich gegenüber. Bipolarität ist mittlerweile zur Multipolarität geworden. Die Systemkonkurrenz hat sich aufgelöst. Wir leben nicht mehr in einer Welt mit zwei Blöcken. ... Aus der Sowjetunion wurde das heutige Russland. Es hat mit der Pariser Charta von 1990 die in der Grundakte von Helsinki enthaltenen Prinzipien übernommen, denkt aber weiterhin in Einflussphären ... Wer draußen Frieden sichern will, der muss im Innern dafür sorgen und muss sich darum kümmern, dass EU und NATO zusammenstehen, dass Union und Bündnis innere Eintracht zeigen ..."*

Es ist wahrhaftig nicht so, dass DIE LINKEN Willy Brandt für sich vereinnahmen wollen, wahr ist aber durchaus, dass es heute das Verdienst allein der LINKEN im Bundestag ist, an die Neue Ostpolitik der SPD ermutigend und mahnend zu erinnern und dass die heutige Ostpolitik der Regierungskoalition oder der SPD damit rein gar nichts mehr zu tun hat.

Völlig realitätsverleugnend geht es später auch beim **MdB Karl-Georg Wellmann** für die CDU/CSU weiter. Nach einem oberlehrerhaften Einstieg:

*"Herr Gehrcke, Sie sind doch sonst ganz vernünftig. Wie konnte denn passieren, dass Sie so einen Antrag formulieren? Das müssen Sie uns mal erklären. Das geht so nicht. Er liest sich wie ein Besinnungsaufsatz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Das ist DKP-Lyrik aus*

*der Mottenkiste – unterste Schublade. Ich weiß, Sie waren mal stellvertretender Bundesvorsitzender der DKP. Aber diese frühkindliche Prägung müssen Sie mal irgendwann überwinden. Das geht nicht. Wir sind 30 Jahre weiter, wir sind im 21. Jahrhundert, Herr Kollege."*

Dann kommt Herr Wellmann bald auf seine eigene Parallelwelt zu sprechen:

*"Der Antrag ist wirklich voll von verrutschten Bildern und falschen historischen Ansagen. ... das muss man wirklich zweimal lesen:*

*'Der Grundkonsens deutscher Politik, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, ist seit dem vielfach gebrochen worden.'* (Zitat aus dem [Antrag](#) der LINKEN)

*Das heißt also aus Ihrer Sicht: Von deutschem Boden ist vielfach Krieg ausgegangen. Das ist doch völlig irre. In welcher Realität leben Sie denn? Aber wir kennen das ja schon von Ihnen, von Frau Dağdelen und anderen. Das ist so eine Art Zwangsvorstellung von einem militaristischen Deutschland, in dem eine Art Waffen-SS schon wieder die Panzermotoren warmlaufen lässt. Das ist russische Propaganda ..."*

Aber, aber, Herr Wellmann, wo leben SIE denn? Tatsache ist zwar, dass "lediglich" die SS-Traditionsverbände in den baltischen Republiken ein wohliges Zuhause gefunden haben. Aber ansonsten ist ihre Beschreibung doch völlig korrekt: Dort lassen heute wieder Panzer der deutschen Bundeswehr die Motoren warm laufen. Das ist leider keine Wahnvorstellung der LINKEN. Die Wochenzeitung *Bundeswehr aktuell* brüstet sich - allwöchentlich nachzulesen - mit momentan mindestens 15 (fünfzehn!) Bundeswehreinheiten weltweit (ohne dass Deutschland auch nur von einer dieser Gegenden angegriffen worden wäre), beginnend in dieser Auflistung mit dem immer noch fortdauernden bundesdeutschen "Sündenfall" im Kosovo unter dem heute harmlos erscheinenden Kürzel KFOR. Und leider all das mit dem Logo des Eisernen Kreuzes und dem Motto **Wir. Dienen. Deutschland.**

**MdB Dr. Fritz Felgentreu** von der Fraktion der SPD erklärt dann für die "alte" Ostpolitik die heute noch unverrückbare Bindung an einen westlichen Block als unverzichtbares zweites Standbein anstelle eines deutschen Sonderweges (bekanntlich in zwei Weltkriege!):

*"Lieber Herr Gehrcke, was ist das von Ihnen propagierte kollektive Sicherheitssystem überhaupt? Letztlich ist dieses kollektive Sicherheitssystem nichts anderes als ein schönes Wort für einen solchen Sonderweg. Er führt unser Land erst in die Irre und dann in Gefahr."*

Wahr ist hingegen, wie im Antrag der LINKEN festgestellt wird, dass auch angesichts der drohenden Möglichkeit gegenseitiger Vernichtung bis 1990 in Europa eine der längsten Phasen nichtkriegerischen Zusammenlebens herrschte und die Verträge von Moskau, Warschau, Berlin und vor allen Dingen die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) für diesen damaligen hochbrisanten Status die rechtliche und vertragliche Grundlage für eine Politik der friedlichen Koexistenz in Europa schufen. Das war und wäre auch in Zukunft eben kein berechtigter Sonderweg Deutschlands mehr, wie er die Länder bereits zweimal in verheerende Weltkriege gestürzt hatte.

Der Antrag der LINKEN fordert daher vielmehr dazu auf, alle Körbe der Helsinki-Konferenz von 1973 neuerlich zu überprüfen, insbesondere:

- den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen verschiedenen europäischen Ländern und Regionen anstreben und also die Modernisierungspartnerschaft mit Russland wieder aufzunehmen,
- für Verhandlungen mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Reduzierung strategischer und taktischer Atomwaffen in Europa, der Senkung militärischer Formationen und die Verhinderung eines neuen Raketensystems in Zentraleuropa einzutreten und dies in 5-Jahres-Abschnitten auch zu kontrollieren,
- eine neue Sicherheits- und Entspannungspolitik in Europa, die Überwindung der NATO und ihre Ersetzung durch ein ziviles kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss von Russland an-

zustreben.

Schließlich entschlüpft **MdB Felgentreu** aber wohl versehentlich das klare Eingeständnis eines Vertragsbruchs der NATO, der heute gern als "Rotation" verschleiert wird:

*"Ähnliches gilt für die dauerhafte Präsenz dreier NATO- Bataillone im Baltikum. Sie untermauern und demonstrieren die Bündnissolidarität in einer für die betroffenen Länder bedrohlichen Lage. Gleichzeitig sind sie, wie wir alle wissen, überhaupt nicht in der Lage, Russland zu bedrohen. Damit dienen sie einer Ostpolitik auf dem Fundament der Westbindung, wie Deutschland sie seit Jahrzehnten beharrlich verfolgt. Es gibt überhaupt keinen Grund, davon abzurücken."*

Den Abschluss in diesem demaskierenden Debatten-Reigen machte **MdB Dr. Bernd Fabritius** für die CSU mit einem nochmaligen Appell an westliche Werte und nachfolgend einer etwas er-nüchternden Aufzählung von Beispielen "westlicher" Demokratie-Varianten (auch wenn er da-bei das beredte Beispiel des NATO-Partners Türkei zu würdigen vergaß):

*"Im Interesse der Stabilität Europas müssen wir deshalb entschieden jeder Verletzung gemein-samer Werte entgegentreten. Russland ... kultiviert das Recht des Stärkeren. Wir müssen diesem die Stärke des Rechts entgegensetzen. Weltweit erleben wir derzeit Versuche, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung durch Verfassungsänderungen, Dekrete oder Gesetze auf eine Weise zu schwächen, in welcher die Demokratie in den jeweiligen Ländern ernsthaft in Gefahr gebracht wird. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht auf Osteuropa; doch kommt dieser Region eine Schlüsselrolle für die Stabilität Europas und damit Deutschlands zu.*

*In der Ukraine geht die Korruptionsbekämpfung nur quälend langsam voran. Antikorruptionsge-setze, die teilweise seit Jahren umgesetzt werden sollten, werden verschleppt.*

*In Rumänien konnte nur durch den beherzten und friedlichen Protest der Bevölkerung gegen die eigene Regierung eine Regelung vorerst verhindert werden, die es wegen Korruption verurteilten Politikern der eigenen Partei ermöglicht hätte, hohe Regierungsämter zu übernehmen. Das Prob-lem ist noch nicht gebannt.*

*In Polen hat die faktische Lähmung des Verfassungsgerichts die Venedig-Kommission des Euro-parats zu der alarmierenden Stellungnahme veranlasst, es werde derzeit offenbar sichergestellt, dass das Verfassungsgericht im Einklang mit der derzeitigen politischen Mehrheit agiere."*

Auch MdB Fabritius versäumt nicht, noch einmal seine Sicht auf die Sowjetunion zu würdigen und dem heutigen Russland gegenüberzustellen, offenbar in Verwirrung über die zeitliche Ab-folge zwischen Sowjetunion und der "Wende" zur kapitalistischen Neuordnung in Russland:

*"Die Bundeskanzlerin hat die Polen daran erinnert, was Polen und was Europa stark gemacht hat: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine freie Zivilgesellschaft. In Grundzügen wurde diese Vorstellung nach der politischen Wende sogar in Russland geteilt. Perestroika und Glasnost beruhten darauf. Dass es dort zu einem erneuten Wertewandel zum Negativen hin ge-kommen ist, der auf Abgrenzung statt auf Zusammenarbeit basiert, macht gerade eine neue, entschiedene Ostpolitik notwendig."*

Immerhin!

## **Monopoly um "westliche Werte" auf der Münchner Un-"Sicherheitskonferenz" 2017**

(von Alexander Neu und Wolfgang Gehrcke)

Die 53. Sicherheitskonferenz hatte drei große Themen: USA, Russland und NATO. Trump hat in den USA prägend formuliert „America first“, die Botschaft der Sicherheitskonferenz lautete: „NATO first“. Soweit sind beide Botschaften allerdings nicht auseinander. Die 53. Münchner Si-cherheitskonferenz ist zu Recht als „Unsicherheitskonferenz“ einzuordnen. Unsicherheitskonfe-

renz nicht nur, was ihre politische Grundorientierung angeht, sondern auch, was die Verunsicherung der Vertreter westlicher Staaten angeht. Die neue Präsidentschaft in den USA ist politisch noch nicht eingeordnet, wenn gleich es keinen Zweifel gibt: auch Trump tritt für eine Stärkung der NATO ein. Und ob es zu einer Verbesserung der Beziehungen der USA zu Russland kommen wird, steht noch in den Sternen.

Vorangegangene Sicherheitskonferenzen haben jeweils Druck für direkte Verhandlungen Washington – Moskau aufgemacht. Dieser Druck führte auch zu Abrüstungsvereinbarungen im Bereich der Raketentechnologie und der atomaren Waffen. Jetzt gibt es keinen Druck zu Verhandlungen, sondern die Forderung an die USA, möglichst nicht mit Russland in direkte Gespräche einzutreten.

Hingegen ist es für die Sicherheitskonferenz und für die USA klar: Wer die Musik bestellt, soll sie auch bezahlen. Das haben die US-Vertreter in München unverblümt auf allen Panels der Konferenz vertreten. Die Gegenantwort des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg und der deutschen Kriegsministerin Ursula von der Leyen lautete: Darf's nicht noch ein wenig mehr sein? Als die vereinbarten 2 Prozent des BIP für Rüstungsausgaben zum Beispiel. Aus Wahlkampfgründen eierte der frisch gekürte deutsche Außenminister Sigmar Gabriel herum, um eine konkrete Festlegung. Die SPD traut sich nicht, im Wahlkampf die zu erwartenden Ausgabensteigerungen um rund 38 Mrd. Euro jährlich auf dann 63 Mrd. öffentlich zu debattieren. Berücksichtigt man das zu erwartende Wirtschaftswachstum, so wären sogar über 70 Mrd. € wahrscheinlich – praktisch also eine Verdoppelung.

Die Linke fordert von der Bundesregierung, sämtliche Überlegungen und Planungen den Bundeswehretat zu erhöhen zu beenden. Die Linke wird Inhalt und Ausrichtung der Sicherheitskonferenz zum Gegenstand parlamentarischer Debatten machen. Das interessanteste an der Münchner Unsicherheitskonferenz 2017 war die Demonstration gegen dieses Treffen.

Zum ersten Eindruck von der Konferenz geht es hier

18.02.2017

Back to the roots – zurück zu den Wurzeln

Die 53. Münchner Sicherheitskonferenz ist wieder dort angekommen, von wo sie sich einst, in den frühen 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, entfernen wollte. Statt gemeinsamer Sicherheit und Dialog dominiert heute wieder der Kalte Krieg und der Wunsch nach Aufrüstung.

Die MSK hat zwei große Themen – Russland und die USA - und hat beide bisher nicht tatsächlich erörtert oder auch nur Gespräche in Gang gebracht. Es wäre vernünftig gewesen, den amerikanischen Vizepräsidenten Pence und den russischen Außenminister Lawrow mit dem Wunsch zu konfrontieren, dass es im Interesse der Länder der Europäischen Union und insbesondere Deutschlands sei, dass beide Großmächte zur Beendigung von Konflikten in Europa und im Nahen Osten gut zusammenarbeiten. Lawrow hat sich dazu schon mehrfach und heute besonders klar positiv ausgesprochen. Die NATO bezeichnet er als ein Instrument des Kalten Krieges. Doch US-Vizepräsident Pence gibt stattdessen Lobgesänge auf die NATO ab und das Versprechen, die USA würde in der NATO aktiv bleiben und auch weiterhin bereit sein, mit dem Bündnis weltweit Aufgaben zu übernehmen. An dieser Stelle war im Saal und an den Übertragungsmonitoren auf den Fluren ein deutliches Getöse zu vernehmen. Das müssen die vielen Steine gewesen sein, die den NATO-Befürwortern vom Herzen fielen.

Aus Deutschland gab es zur NATO vier Positionierungen: Die LINKE sagt Nein zur NATO. Frau von der Leyen (CDU) bekräftigte: Die USA brauchen uns nicht zu ermahnen, das vereinbarte Ziel der Rüstungsausgaben zu erreichen, wir selbst wollen es. Und ob diese 2 Prozent ausreichen, wird sich herausstellen. Bundeskanzlerin Merkel spricht sich ebenso klar für die NATO und die 2-Prozent-Marke aus, möchte aber gern, dass die deutschen Ausgaben für Entwicklungszusam-

menarbeit angerechnet werden. Und dann noch der neue Außenminister Deutschlands, Sigmar Gabriel (SPD), der zugestand, wir haben versprochen, die Militärausgaben zu steigern, aber ob das im Wahlkampf so gesagt werden kann, sei er sich unsicher. Sicher allerdings ist: der Wahlkampf hat begonnen.

**Wolfgang Gehrcke**

03.08.2017

### **Wirtschaftskriege verhindern Abrüstung und sozialen Fortschritt**

Wolfgang Gehrcke zur Unterzeichnung des US-Sanktionsgesetzes gegen Russland

Der US-Präsident Trump hat das Gesetz über neue Sanktionen gegen Russland unterzeichnet. Dieses Gesetz richtet sich nicht nur gegen Russland, sondern beeinträchtigt in hohem Maße auch europäisch-russische Handelsbeziehungen.

Das antirussische Sanktionsgesetz der USA wird ebenfalls einen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien nehmen. Neue Sanktionen werden auch Teil eines Wirtschaftskrieges, der auch – ob man will oder nicht – militärische Aufrüstung und Konfrontation mit sich bringen wird.

Es wäre in deutschem und im europäischen Interesse, sich gegen diese Politik der USA zur Wehr zu setzen. Das ist bisher nicht geschehen und wird auch nicht eintreten. Denn Europa ist durch eigene russlandfeindliche Sanktionen mittlerweile handlungs- und politikunfähig.

Die Aufkündigung der bereits bestehenden EU-Sanktionen durch die EU wäre ein erster, wichtiger Schritt, sich gegen die neuen US-Sanktionen und deren Folgen zur Wehr zu setzen. Es geht jetzt nicht nur um die Beziehungen USA-Russland. Die Abkehr von deren weiterer Schädigung wäre wichtig genug. Es geht heute mehr denn je auch um die künftige Politik Europas zu den USA.

Der USA-Präsident hat all diejenigen enttäuscht, die mir seiner Amtsübernahme die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen Russland-USA verbanden. Der Grundkurs der USA richtet sich auf Aufrüstung und wirtschaftliche Dominanz. Notwendig hingegen wären Abrüstung und wirtschaftliche Kooperation. Ohne Abrüstung kein sozialer Fortschritt.

Sputnik Panorama

### **Feindschaft zu Russland ist nicht gefragt“ – MdB Gehrcke mit Buchpremiere**

24.08.2017

Der Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke Wolfgang Gehrcke hat ein Buch geschrieben über das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland. Er kritisiert vertane Chancen und weist auf die historische Verbundenheit der beiden Länder hin. Die Zukunft sieht Gehrcke in einem eurasischen Raum.

Herr Gehrcke, es erscheinen viele Bücher über Russland. Was unterscheidet ihr Buch „Deutschland und Russland – wie weiter?“ von den anderen?

© Sputnik/ Sergei Guneev

Wir haben versucht, mit verschiedenen Russlandexperten der Frage auf den Grund zu gehen, warum die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland so schlecht geworden sind. Nach der deutschen Vereinigung, die es ohne die Zustimmung der damaligen Sowjetunion nicht ge-

geben hätte, konnten doch alle zufrieden sein. Man hat abgerüstet und der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle hatte sogar vorgeschlagen, dass Russland Mitglied der Nato wird. Dann wurde allerdings von Seiten der USA kräftig reingelangt. Diese Hintergründe finden Sie in anderen Büchern vielleicht nicht so ausgeprägt.

Was ist denn so besonders an dem Verhältnis Deutschlands zu Russland?

© AP Photo/ Michael Sohn

„Der Reim wäre nicht jugendfrei“: In Berlin signalisiert Lawrow Gesprächsbereitschaft

Die beiden Länder hatten in der Geschichte schon immer ein besonderes Verhältnis. Und dazu gehört natürlich auch das Verbrechen des faschistischen Krieges, das in Westdeutschland lange verdrängt wurde. Wenn man an Deutschland und Russland denkt, muss man auch immer "Nie wieder Krieg" denken. In dem Zusammenhang empfand ich es als sehr unangenehm und peinlich, als Frau Merkel anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion nicht nach Moskau gereist ist. Sie hätte mit einem Kranz und dem Versprechen, dass Deutschland nie wieder Krieg gegen Russland führen wird, dort sein müssen.

Würden Sie den Beginn der Verschlechterung des Verhältnisses Deutschland-Russland zeitlich bei der Ukraine-Krise verorten oder liegen die Ursachen tiefer?

© Foto: Russische Botschaft

Moskau schickt neuen Botschafter nach Berlin – Gibt es politische Veränderungen?

Nein, das begann schon wesentlich früher. Ich glaube, dass die USA sehr daran gearbeitet haben, die Beziehung kaputtzumachen. Die USA hatten kapiert, dass, wenn es zu einer Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union kommt, sich die Kräfteverhältnisse in der ganzen Welt verschieben. So kam es zu Druck der USA auf die EU und Deutschland und zu einer Ermunterung der üblen Kräfte in Kiew. Es ging um geostrategische Fragen. Die USA sind nicht mehr die alleinige Weltmacht. Aber der angeschlagene Tiger ist besonders gefährlich.

Wie schätzen Sie das Image Russlands in Deutschland ein – beim Volk, in der Politik, in der Wirtschaft und in den Medien?

Es gibt immer zwei Seiten. Die nach wie vor positive Grundstimmung gegenüber Russland in der Bevölkerung in Deutschland berührt mich. Leider kann man hier noch nicht von einer Freundschaft zu Russland sprechen, aber man wünscht sich eine gute Nachbarschaft. Das ist schon viel wert. Und das sollte man auch in die Politik bringen, auch jetzt im Wahlkampf mit dem Motto "Macht uns Russland nicht zu Feinden". Es gibt ja auch zum Glück sehr viele Städtepartnerschaften, Freundschaftsgesellschaften, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, Volksdiplomatie.

Negativ ist dagegen, dass ein Großteil der Presse eine hemmungslose Hetze gegen Russland fabriziert. Nach dem Motto "Die Russen sind an allem schuld". Das geht bis hin zu Hysterie, dass die deutschen Wahlen von Moskau entschieden werden. Da ist sogar ein Stückchen Wahrheit dran. Man kann heute Wahlen gewinnen, eben indem man sich für gute Nachbarschaft mit Russland ausspricht. Die Zeiten haben sich geändert. Feindschaft zu Russland ist nicht gefragt. Wie kommen wir denn nun wieder raus aus dieser feindseligen Spirale?

Auf wen soll Russland in Deutschland setzen?

Von beiden Seiten müssen Initiativen ergriffen werden. Ich finde hier übrigens die Politik des



russischen Präsidenten sehr berechenbar. Natürlich macht er eine russische Politik. Was denn sonst? Darauf muss man sich einlassen. Man muss nicht alles gut finden, aber man muss damit umgehen.

Wenn man raus will aus dieser Irrationalität, dann ist der erste Schritt zu sagen, dass die deutsch-russischen Beziehungen entscheidend für Europa sind. Man sollte als erstes aus den Sanktionen aussteigen, wie es der größte Teil der Wirtschaft ja auch will.

Wie sehe denn in der Praxis Ihr Idealbild aus? Was wären für Europa Vorteile eines guten Verhältnisses zu Russland?

Was will die Linke wirklich? Sputnik hat exklusiv nachgefragt...

Man könnte noch viel gewaltigere Schritte in Abrüstungsfragen machen. Jetzt gibt es in Europa wieder eine Hochrüstungsspirale, die von der Nato ausgeht. Es ist immer noch unvorstellbar, dass tatsächlich westliche und auch deutsche Soldaten an der Westgrenze Russlands stehen. Auch die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen könnten noch viel mehr vertieft werden. Auch sollte es eine parlamentarische Zusammenarbeit geben. Dann hätten wir ein anderes Europa, das nicht mehr so geteilt wäre wie heute. Dann würden wir nicht nur von EU und Nicht-EU sprechen. Zu meinem Bild von Europa gehört auch Russland nicht nur geografisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich und kulturell dazu.

Das Buch „Deutschland und Russland – wie weiter?“ von Wolfgang Gehrcke/Christiane Reymann ist in der Edition Berolina erschienen, Preis: 9,99 €.

Armin Siebert

### **Im März 2017 erschien die Publikation „Soldaten für den Frieden - Frieden war und ist unser Lebensinhalt“.**

Es wurde veröffentlicht durch die Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR) und des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR im März 2017.

Einige Zitate aus dem Buch:

#### **Theodor Hoffmann und Horst Parton:**

„Die Mahnungen des Aufrufes ‚Soldaten für den Frieden‘ haben in der jüngsten Zeit noch an Aktualität gewonnen. Seit dem Ende des Kalten Krieges war der Frieden in Europa und in der Welt noch nie so akut bedroht, wie in der Gegenwart. Verantwortungslos wird über die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges schwadroniert.“ (Aufruf von 94 Generalen und Admiralen der NVA als Erstunterzeichner 2015)

„Die Nationale Volksarmee war die einzige deutsche Armee, die keinen Krieg geführt hat.“

#### **Heinz Kessler** zitiert sich aus dem Jahr 1943:

„Wir wollen ein Deutschland, wo die Voraussetzung geschaffen ist, dass es nie wieder einen solchen Krieg gibt.“

#### **Herbert Bernig:**

„Der Ernstfall muss der Frieden sein.“

**Sebald Daum**

„Ich will nicht, unter Missbrauch des Wortes Frieden, wieder an eine Kriegsvorbereitung gewöhnt zu werden.“

„Kriege sind nun mal nicht ‚Gottgewollt‘, kein Gesetz der Natur, sondern werden durch eine Politik gewinnsüchtiger, die Welt beherrschen wollender Kapitalisten, angezettelt.“

**Egon Gleau:**

„Die Nationale Volksarmee der DDR hat ihren Klassenauftrag gemäß der Verfassung der DDR gewissenhaft und in Ehren erfüllt.“

**Manfred Grätz:**

„Kriege gehören erneut zur Tagesordnung der Weltpolitik. Das Monopolkapital drängt die Politik zu immer neuen Abenteuern, um Einflussphären und Macht zu sichern. In nahezu allen Regionen der Welt brennt es.“ „Alle militärischen Aktionen des Westens waren eine Katastrophe für die betreffenden Länder.“

**Raimund Kokott:**

„Menschen, wacht auf. Wir haben nur diese Welt.“

**Gerhard Müller:**

„Ich jedenfalls bin stolz darauf, in der NVA gedient zu haben, die als Armee der DDR an keiner kriegerischen Handlung teilgenommen hat. Auch am friedlichen Ergebnis der Wende haben die NVA und anderen bewaffneten Organe der DDR einen hervorragenden Anteil.“

**Horst Nörenberg:**

„Um das gescheiterte Finanzsystem zu retten, ist der Kapitalismus bereit, Krieg, Terror und Chaos zu verbreiten, das richtet sich besonders gegen Russland und China.“

**Wolfgang Steger:**

„Durch die bitteren Erfahrungen mit unsäglichen Opfern im Großen Vaterländischen Krieg gibt es einen ausgeprägten Friedenswillen unter der russischen Menschen.“

**Fritz Streletz:**

„Weil wir sehr gut wissen, was Krieg bedeutet, erheben wir unsere Stimme gegen den Krieg, für den Frieden.“ und „Keiner von uns hat einem ‚Unrechtsstaat‘ gedient.“

**Otto Stüllein:**

„...1954...der Kalte Krieg hatte begonnen. Unter Beteiligung einstmals führender Generale und Offiziere der faschistischen Wehrmacht wurde die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Offen wurde die Liquidierung der DDR proklamiert und die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 als Ziel verkündet.“ „Mit der Osterweiterung der NATO wurde ein neuer Kalter Krieg eröffnet.“

**Horst Sylla:**

„Wenn ich als ehemaliger Soldat einen Blick auf die Hintergrund-ebenen unserer Zeit werfe, so verstehe ich die Menschen in Deutschland nicht, dass sie innerhalb eines historisch kurzen Zeitraumes die Grundeinstellung ‚Nie wieder Krieg‘ verändert haben.“

**Wolfgang Thonke:**

„Ich erhebe mit diesen meinen Gedanken meine Stimme für den Frieden, gegen die Gefahr eines neuen Krieges, der nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in die Vernichtung stürzen würde.“

**Manfred Volland:**

„...unser Aufruf: ‚Soldaten für den Frieden‘ ist ein bedeutsames Dokument deutscher Militärgeschichte, weil es einmalig in der Geschichte ist, dass eine gesamte Armeeführung, einschließlich der verantwortlichen Befehlshaber und Kommandeure sich an die Öffentlichkeit wendet und zum Frieden aufruft.“ „Krieg kann und darf nicht die Ultima Ratio in den Beziehungen der Völker sein.“

**Klaus Wiegand:**

„Jedem sollte klar sein, dass ein mit Kernwaffen geführter Krieg das Ende der Zivilisation auf dieser Erde bedeutet.“

**Heinrich Winkler:**

„... bin ich für die Bündelung aller friedliebenden Kräfte gegen jedes Kriegsabenteuer, deshalb meine Unterschrift unter dieses Dokument.“

**Alois Zieris:**

„... erklärten 1982 die Repräsentanten der Länder des Warschauer Vertrages vor der Weltöffentlichkeit den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen. ... die NATO hingegen ... lehnte einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen ...ab.“

„Für die USA war ein selbstbestimmtes Europa vom Atlantik bis zum Ural, mit den geostrategischen Ländern Russland, Deutschland, Frankreich und Großbritannien nicht akzeptabel, weil ein solches Europa zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden wäre.“

„Frieden ist zu allen Zeiten ein Grundbedürfnis der Menschen.“

**Hans Bauer**

(aus der Publikation "Soldaten für den Frieden", März 2017)

**Unsere Forderung:****Friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland**

Nahezu zwei Jahre sind seit dem Appell "Soldaten für den Frieden" vergangen. Der Appell der 100 Generäle a. D. der NVA endet mit dem Aufruf: Wir brauchen ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa.

Mit Erschrecken müssen wir heute feststellen, dass weder Deutschland noch Europa friedlicher geworden sind. Die Welt und auch Europa sind von Kriegen und militärischen Konfliktherden überzogen. Gerade in diesen Wochen und Monaten rollen Panzer durch Europa. Sie rollen gen Russland. Um an den Grenzen der Russischen Föderation Übungen abzuhalten. Die NATO-Staaten bringen Truppen samt Kriegsmaterial an der NATO-Ostgrenze in Stellung. Weil sich angeblich Polen und die baltischen Staaten von Russland bedroht fühlen. Eine führende Rolle nimmt hierbei Deutschland ein. Nicht die eigene Landesverteidigung ist - wie im Grundgesetz gefordert - der Maßstab, sondern die mit dem "Weißbuch" der Bundesregierung auch offiziell eingeleitete weitere Militarisierung des Landes.

Wir erinnern uns: Einst hieß es, "von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen". Über Jahrzehnte des Kalten Krieges war dieser Grundsatz ein im Volk verwurzeltes starkes Argument im Kampf um den Frieden. Das militärische Gleichgewicht der feindlichen Kräfte war außerdem ein Garant für seinen Erhalt. Die Erfahrungen mit dem verbrecherischen Faschismus und dem Blut-zoll, den die Völker für die Befreiung zahlen mussten, hatten entscheidenden Einfluss auf eine im Wesentlichen friedliche Entwicklung. Dabei unvergessen der entscheidende Anteil, den die Sowjetunion mit 27 Millionen Toten an der Zerschlagung des faschistischen Regimes und der Befreiung vor allem des deutschen Volkes hatte. - Heute ist es besonders Deutschland, das Land und Leute für den Aufmarsch an Russlands Grenzen zur Verfügung stellt und selbst an vorderster Stelle an dieser Politik der Bedrohung beteiligt ist.

Wir als GRH verurteilen scharf dieses Spiel mit dem Feuer, das jederzeit in einen heißen Krieg umschlagen kann. Für uns undenkbar, wie nach 72 Jahren der Befreiung ein neues Feindbild gegen Russland aufgebaut wird. Die meisten Mitglieder unserer Organisation haben an exponierter Stelle über Jahrzehnte gemeinsam mit sowjetischen Freunden zur Friedenssicherung beigetragen. Führende Politiker und Militärs haben internationale Friedens- und Abrüstungsinitiativen verantwortet und unterstützt, Waffenbrüder standen im Rahmen des Warschauer Vertrages Seite an Seite. Unsere Kundschafter des Friedens trugen dazu bei, dass militärische Entscheidungen zur Abwehr und Verteidigung angemessen waren und dem Gleichgewicht der Kräfte entsprachen. Angehörige unserer Grenztruppen sicherten gemeinsam mit sowjetischen und den Waffenbrüdern der anderen sozialistischen Staaten die territoriale Integrität und staatliche Souveränität unserer Länder. Die Mitarbeiter der Sicherheitsorgane und der Justiz der DDR waren für die Stabilität der sozialistischen Machtverhältnisse und Rechtsordnung verantwortlich - in vielen Bereichen auch in Kooperation mit sowjetischen Organen. Für uns war also die Freundschaft mit der Sowjetunion tägliche Praxis und Herzenssache.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Und Russland ist ein kapitalistisches Land. Die Politik der Russischen Föderation unter Präsident Putin ist allerdings heute ein entscheidender Faktor bei der Zurückweisung aggressiver imperialistischer Politik. Diese Erkenntnis und unsere geschichtlichen Erfahrungen verbinden uns bis heute in Solidarität und Freundschaft mit Russland. Für die GRH war diese Verbundenheit Anlass, im Januar 2017 einen Appell "Hände weg von Russland" zu beschließen. Wir unterstützen und erneuern damit die im Appell der 100 Generäle erhobenen Forderungen, insbesondere Auslandseinsätze der Bundeswehr und Kriegshetze gegen Russland zu beenden.

Wir fordern, die Beziehungen zu Russland auf friedlicher und freundschaftlicher Grundlage zu gestalten.



## Appell

Berlin, im Januar 2017

### Hände weg von Russland!

Es ist unglaublich und empörend. Panzer rollen wieder gen Russland. Tausende von Soldaten samt Kriegsausrüstung nehmen in diesen Tagen in Polen an den Grenzen zu Russland Stellung. Der Truppenaufmarsch an der NATO-Ostgrenze ist eine ernsthafte Gefahr für den Frieden in Europa und darüber hinaus. Und Deutschland an vorderster Front. Bereitwillig stellt es sein Territorium für den militärischen Aufmarsch zur Verfügung. Und wird selbst im Rahmen einer NATO-Operation im Februar des Jahres 500 Soldaten mit Schützen- und Kampfpanzern sowie weiteren Militärfahrzeugen nach Litauen an die russische Grenze schicken.

Nach dem Grundgesetz der BRD hat der Bund "Streitkräfte zur Verteidigung" aufzustellen. Der Aufmarsch bundesdeutscher Truppen an Russlands Grenzen dient nicht der Verteidigung. Es ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

"Von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen", war einst zu Zeiten des Kalten Krieges übereinstimmender Konsens zwischen den feindlichen Lagern. Und eingedenk der Opfer der Völker der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg sowie des entscheidenden Anteils der Sowjetunion an der Zerschlagung des Hitlerfaschismus galten friedliche Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn über Jahrzehnte als ein Grundpfeiler für Frieden und Sicherheit in Europa.

Für das Volk der DDR war Freundschaft mit der Sowjetunion Herzenssache. Dank der brüderlichen Verbundenheit beider Länder konnte die DDR über mehr als vier Jahrzehnte unter friedlichen Bedingungen eine sozialistische Entwicklung nehmen. Politiker der Sowjetunion und der DDR agierten erfolgreich mit Friedensinitiativen auf internationaler Bühne. Gemeinsam mit den sowjetischen und Waffenbrüdern der anderen sozialistischen Staaten schützten unsere Grenztruppen zuverlässig die territoriale Integrität unserer Länder. Die Armeen der Warschauer Vertragsstaaten garantierten das militärische Gleichgewicht, das für den Friedenserhalt so wichtig war.

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Russland ist ein kapitalistisches Land. Mit seiner Politik unter Präsident Wladimir Putin leistet es aber in unserer Zeit, in der nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers Krieg wieder ein Mittel der Politik geworden ist, den entscheidenden Beitrag zur Zurückweisung aggressiver imperialistischer Politik.

Diese Erkenntnis und unsere geschichtlichen Erfahrungen verbinden uns in Solidarität und Freundschaft mit der Politik der Russischen Föderation.

Leistet Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD!

Erklärt Eure Solidarität mit der Politik Russlands und seinem Präsidenten!

Tretet ein für friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit Russland!

Im Namen des Vorstandes der GRH e.V.

Hans Bauer  
Vorsitzender

Dieter Stiebert  
Geschäftsführer

**Prof. Dr. habil. Anton Latzo**

**(Vortrag auf der Konferenz des Deutschen Freidenker-Verbandes „100 Jahre Oktoberrevolution. 100 Jahre Dekret über den Frieden“ am 30. September 2017 in Berlin)**

I. Alternative Russlands zur Expansion der NATO und EU in Osteuropa – Frieden, kollektive Sicherheit und gleichberechtigte Zusammenarbeit

In den kommenden Wochen begehen wir zwei historische Jahrestage. Den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution und den 75. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad. Beide sind kennzeichnend für den Verlauf der historischen Prozesse der Epoche: für den revolutionären Kampf zur Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts und für den konterrevolutionären Kampf des Imperialismus um die Erhaltung der historisch überlebten Gesellschaftsordnung. Frieden und Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt auf der einen Seite und Imperialismus, Konterrevolution und Krieg auf der anderen Seite – das sind die Hauptlinien seit Beginn des 20. Jahrhunderts! Alle politischen Prozesse und Ereignisse finden zwischen diesen zwei Polen des Klassenkampfes statt.

Lage Mit der Beseitigung der UdSSR wurde nicht nur der sowjetische Staat zerschlagen und die politische Macht durch die Günstlinge des Imperialismus übernommen. Davor wurde die Kommunistische Partei so lange „reformiert“, bis sie nicht mehr handlungsfähig war. In dem so geschaffenen ideologischen und politischen Vakuum erfolgten die Zerschlagung der Volkswirtschaft, die Ausraubung des Landes und die Verarmung seiner Bevölkerung. Die mit der Oktoberrevolution eingeleitete sozialistische Entwicklung auf einem Sechstel der Erde wurde unterbrochen. Damit wurden die politischen, materiellen und gesellschaftlichen Grundlagen beseitigt, die - in Verwirklichung der Ideen der Oktoberrevolution – eine sozialistische Außen- und Friedenspolitik ermöglichten. Russland wurde zum Objekt der imperialistischen Ziele und Politik.

Der damalige Ministerpräsident der UdSSR, Nikolai Ryschkow, bezeichnete in seinem Buch „Mein Chef Gorbatschow. Die wahre Geschichte eines Untergangs“ die Taten der damals Handelnden als „Staatsverbrechen“. (S. 202)

Der Imperialismus sah neue Möglichkeiten, um seine aggressiven Ziele zu verwirklichen. Die USA konnten ihr imperialistisches Anliegen verfolgen, „das Wiederaufleben eines neuen Rivalen zu verhindern, egal ob auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, der eine ähnliche Bedrohung darstellt wie die Sowjetunion. Dies erfordert, dass wir verhindern, dass eine feindliche Macht eine Region dominiert, deren unter Kontrolle gebrachten Ressourcen ausreichen würden, eine neue Weltmacht zu schaffen. Diese Regionen beinhalten Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Südostasien“. (Zbignjew Brzezinski „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft.“)

Auch in Konzept und Politik der BRD werden im Verhältnis zu Russland Besorgnis hervorrufende Veränderungen registriert. In den 1990er Jahren wurde noch die „Sauna-Freundschaft“ zwischen Kohl und Jelzin inszeniert. Nach dem Wechsel zu Putin und dem allmählich zunehmenden Streben seines Landes nach Eigenständigkeit wurde Russland zum Partner erklärt. Jetzt ist man bei der Einstufung Russlands als Rivalen angekommen. Das neueste Weißbuch besagt, dass Russland „eine Herausforderung für Sicherheit auf unserem Kontinent“ darstelle. (Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr., S. 32) Moskau wird der Vorwurf gemacht, „die europäische Friedensordnung offen in Frage“ zu stellen. Die Einstufung als „Feind“ ist nicht mehr fern!?!

Dabei vertreten deutsche Regierungsvertreter und Berater immer stärker das Konzept der Doppelstrategie gegenüber Russland. „Was wir brauchen, ist eine Doppelstrategie, mit der wir ei-

nerseits Putins machtpolitische Zugriffsmöglichkeiten in Europa verwehren und andererseits mit ihm den Dialog über die Zusammenarbeit führen und fortsetzen, so schwierig das unter den derzeitigen Umständen auch sein mag.“ (Wolfgang Ischinger, FAZ, 5.08.2014). Deutlich wird die Absicht, „die neue Macht und neue Verantwortung“ Deutschlands, wie sie in dem so bezeichneten Strategiepapier, das von Vertretern aller Bundestagsparteien ausgearbeitet wurde, im Sinne der Ziele des deutschen Imperialismus Geltung zu verschaffen. Im Namen einer nationalen deutschen Machtpolitik wies er zugleich darauf hin: „Es darf nicht sein, dass unsere Russland-Politik vom amerikanischen Kongress oder von Entscheidungsträgern in europäischen Parlamenten in Geiselnhaft genommen werden kann.“

Der deutsche Imperialismus ist offensichtlich gewillt, jede Situation zu nutzen, um Deutschland von einer „Gestaltungsmacht im Wartestand“ zu einer der Führungsmächte aufsteigen zu lassen. Dazu ist man bereit, sowohl sogenannte „kooperative Techniken“ („Wandel durch Annäherung“) aber auch militärische Mittel „bis zum Kampfeinsatz“ einzusetzen. Das ist der wirkliche Sinn der sogenannten Doppelstrategie.

Das steckt hinter der Aussage des damaligen Außenministers und heutigen Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 als er formulierte: „Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“ ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)) Zwar sagte Steinmeier: „Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel“. Aber er sagt damit auch: **Militär *ist* ein Mittel!**

Die Brisanz der daraus erwachsenden Probleme wird deutlich, wenn wir berücksichtigen, dass diese von Antagonismus geprägten Prozesse in einem Raum stattfinden, in dem einerseits die geopolitischen Interessen der wichtigsten imperialistischen Mächte (vor allem USA und Deutschland) aufeinanderprallen und in Konkurrenz miteinander ausgefochten werden und andererseits diese durch Gemeinsamkeiten gegen die Interessen Russlands als dem flächen- und ressourcenreichsten Land der Erde verbunden sind. Es handelt sich um einen Knoten von Widersprüchen zwischen den stärksten Wirtschafts- und Militärmächten, von denen die USA und Russland auch die größten Kernwaffenmächte sind!

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa haben wir es mit einem Prozess zu tun, in dessen Verlauf in den letzten drei Jahrzehnten durch die aggressive Politik der imperialistischen Staaten eine Eskalation der Widersprüche, Konflikte und der Kriege stattfindet, in dem aber die im Rahmen der UNO-Charta bestehenden und durch den Helsinki-Prozess geschaffene Instrumente zur Deeskalation immer mehr verkümmern bzw. bewusst abgebaut werden.

## II. Zum außenpolitischen Konzept Russlands

Es sind nicht nur schlechthin neue innere und äußere Bedingungen, mit denen die Außenpolitik Russlands konfrontiert ist, auf die sie sich neu einstellen muss. Es geht um die staatliche Existenz Russlands!

Allianz Russland-China Ein entscheidender Einschnitt für die Außenpolitik Russlands und Voraussetzung für eine wirksame Alternative zur Politik des Imperialismus war der strategische Richtungswechsel von Europa nach Asien, ohne sich allerdings von den anderen geographischen Zonen abzukoppeln!

Vor allem die Entwicklung der Beziehungen zur VR China glich einer tektonischen Verschiebung in den internationalen Beziehungen zugunsten der Errichtung einer wirksamen Alternative zur Hegemonialpolitik des USA-Imperialismus in Gestalt einer monopolen Welt.

Die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten wurde zunehmend zu einem grundlegenden Faktor bei der Entwicklung eines neuen Kräfteverhältnisses in der Welt.

Mit der ursprünglich als Antwort auf die Expansion der USA, der NATO und der EU geschaffenen Allianz entwickelte sich eine zukunftsorientierte Zusammenarbeit zwischen Russland und China im Rahmen EAWG und des Projektes „Wirtschaftsgürtel entlang der Seidenstraße“, die die Herausbildung eines bedeutenden Wirtschaftsraumes auf dem gesamten Kontinent bewirken könnten.

So konnten und können – gestützt auf die Stabilisierung der inneren Entwicklung der Länder - die internationalen Positionen sowohl Russlands als Chinas erhöht und ihr Beitrag in den internationalen Auseinandersetzungen zugunsten einer demokratischeren Gestaltung der internationalen Beziehungen effektiver gestaltet werden.

Es wurde eine wichtige Grundlage für die Entwicklung einer realen alternativen politischen Kraft und für die Verwirklichung einer realistischen Alternative zur imperialistischen Politik der Interventionen und der Ausbeutung der Völker sowie des Krieges geschaffen.

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten entwickelt sich allmählich zu einem wirksamen Gegengewicht zur imperialistischen Hegemonialpolitik. „Russland und China haben ähnliche oder gleiche Ansätze zu den wichtigsten Problemen der Gegenwart und setzen sich konsequent für den Aufbau einer polyzentrischen Welt auf der Basis des Völkerrechts ein“, lautete eine Zwischenbilanz von Außenminister Lawrow schon 2015.

(<https://de.sputniknews.com/politik/20150824303958580>)

Ausgehend von den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen sieht Russlands Führung auf dieser Grundlage – in Übereinstimmung mit der VR China - In der Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf den Gebieten, die den Interessen beider Staaten sowie Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region und in der Welt entsprechen, eine wichtige Richtung auch seiner künftigen Außenpolitik.

Zwar betrachten noch nicht alle Teile der russischen Gesellschaft diese Fragen auf die gleiche Art. Aber die politisch einflussreichen Kreise in Russland begleiten diesen Kurs aus außen-, aber auch aus innenpolitischen Gründen positiv. Er entspricht den gegenwärtigen Interessen und den Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft in Russland.

Deshalb erscheint es folgerichtig, wenn es in der „Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation“, die vom Präsidenten am 30. November 2016 unterzeichnet wurde, heißt: „Russland wird seine umfassende, gleichberechtigte und vertrauensvolle Partnerschaft und strategische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China weiter ausbauen und die Kooperation mit diesem Land in allen Bereichen intensiv entwickeln. Die Übereinstimmung grundsätzlicher Herangehensweisen beider Staaten zur Lösung von Grundfragen der Weltpolitik betrachtet Russland als einen der grundlegenden Aspekte der regionalen und globalen Stabilität. Auf dieser Basis wird Russland seine außenpolitische Zusammenarbeit mit China in verschiedenen Bereichen entwickeln, einschließlich der Bekämpfung neuer Herausforderungen und Bedrohungen, der Lösung akuter regionaler und globaler Probleme und der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und multilateraler Vereinigungen.“

Man kann also davon ausgehen, dass auch künftig Kontinuität ein wichtiges Kennzeichen für die Zusammenarbeit zwischen Russland und China sein wird.

### Neue Weltordnung

Die Russische Föderation betreibt eine Außenpolitik, „die auf die Schaffung eines stabilen und nachhaltigen Systems der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Normen und Grundsätze der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zwecks Wah-



„... die Sicherheit jedes Mitglieds der Weltgemeinschaft ausgerichtet ist“, heißt es in der schon genannten außenpolitischen Konzeption. Auf dieser Grundlage strebt die russische Außenpolitik eine ausgewogene Weltordnung an, die sich auf die Wahrung des Völkerrechts und der territorialen Integrität souveräner Staaten stützt.

Die zwischenstaatlichen Gruppierungen und Abkommen sind als Bausteine einer zukünftigen Ordnung in der Welt konzipiert, wie sie von den Vereinten Nationen bereits bei ihrer Gründung im Jahre 1945 angestrebt war.

Die Bundeskanzlerin und die anderen führenden Köpfe Deutschlands und der EU (die USA nicht ausgenommen) sprechen hingegen dauernd davon, dass sie eine auf Werte gestützte Politik betreiben und ihre Beziehungen zu Russland und zu den Staaten in Osteuropa auf der Grundlage ihrer „Werte“-Vorstellungen entwickeln. Die unmittelbaren Kapitalinteressen werden zu Interessen der Staatengemeinschaft und zum Ausdruck der Menschenrechte hochstilisiert! Die Normen des Völkerrechts sind aber das Ergebnis der Vereinbarung zwischen gleichberechtigten Staaten!

Das alte Völkerrecht erkannte die formelle Gleichberechtigung nur für die „zivilisierten“ Staaten an. Es war ein „Recht“ der Diskriminierung der Völker, zur Rechtfertigung der imperialistischen Expansion, der Kolonialpolitik und des kolonialen und halbkolonialen Status.

Die imperialistischen Mächte versuchen heute schon wieder ihre internationale Ausbeutungs- und Diskriminierungspolitik mit höheren „Werten“, deren Höhen andere Völker erst noch erklimmen müssten, zu verdecken. Ausbeutung und Unterdrückung soll so als humanistische Tat verkauft (vermittelt) werden!

Alternativ zur „Wertepolitik“ baut Russland seine Außenpolitik auf folgenden Prämissen auf:

- In der Welt agieren gleichberechtigte souveräne Staaten als unangefochtene Subjekte des internationalen Rechts.
- Deren Beziehungen regelt die UNO auf der Grundlage des Völkerrechts, das von allen Staaten, unabhängig von ihrer Größe und ihrem Einfluss eingehalten werden muss. Das internationale Rechtssystem soll weiter ausgebaut und gestärkt werden.
- Die Staaten können sich in Bündnissen und Integrationsprojekten organisieren, es dürfen jedoch keine Blockbildungen stattfinden.
- Es gilt das gleiche Recht aller auf Sicherheit. Daher ist Russland an einer umfassenden, inklusiven Sicherheitsarchitektur interessiert. Es gilt das Prinzip „mit“ statt „gegen“:
- Das Prinzip der Nichteinmischung hat nach wie vor die oberste Priorität. Das Prinzip der Schutzverantwortung auf dessen Grundlage die westlichen Staaten zum Beispiel in Libyen interveniert haben, weist Russland entschieden zurück.
- Es gilt nach wie vor die Nachkriegsordnung von Jalta und Potsdam.
- Der Kampf gegen den Terrorismus genießt oberste Priorität.

Die Charta der Vereinten Nationen soll eine neue Relevanz erhalten. Dem entsprechend kann der Frieden zwischen mehreren Akteuren nur kooperativ und nicht durch unkontrollierten Machterwerb gesichert werden. Friedenssicherung bedeutet die Durchsetzung des zwischenstaatlichen Gewaltverzichts. Die Charta beschränkt sich aber nicht nur auf das Verbot eines Angriffskrieges, sondern verbietet auch die Gewaltandrohung und Gewaltanwendung, die „gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen vereinbar ist“. (Art. 2, Punkt 4 UNO-Charta)

Der international oft gebrauchte Begriff „multipolar“ wird in dem außenpolitischen Strategiepapier Russlands nicht mehr verwendet. Stattdessen wird die Weltordnung, die sich zunehmend abzeichne, als „polyzentral“ charakterisiert. Russland favorisiert flexibel untereinander agierende, sich überschneidende regionale und überregionale Zentren und Staatenbündnisse, die das auf Dominanz und Willkür basierend Modell der unipolaren Weltordnung endgültig überwinden. Es will aktiv an der Schaffung einer „gerechten und stabilen Weltordnung“ mit einem von allen akzeptierten Regulierungsinstrument in Form der UNO mitarbeiten.

### Schaffung einer inklusiven Sicherheitsarchitektur

In seiner außenpolitischen Grundorientierung verweist Russland darauf, dass es sich „seiner besonderen Verantwortung für die Wahrung der Sicherheit weltweit sowohl auf der globalen, als auch auf der regionalen Ebene bewusst und auf gemeinsames Vorgehen mit allen interessierten Staaten im Interesse der Lösung gemeinsamer Aufgaben ausgerichtet ist“.

#### a. Internationale Sicherheit

Im Mittelpunkt der Bemühungen um die internationale Sicherheit stellt Russland die Erhöhung der Rolle der UNO. Die Vergangenheit habe bewiesen, dass die UNO alternativlos ist. In der Verwirklichung ihre Rolle bei der Regelung der internationalen Beziehungen wird eine zentrale Aufgabe gesehen. Ausdrücklich wird hervorgehoben, dass sich Russland besonders um die „Festigung ihrer zentralen Koordinierungsrolle“ bemühen will. Das setze voraus, „die Unerschütterlichkeit der zentralen Punkte und Grundsätze der UNO-Charta“ zu gewährleisten, „die u.a. auf die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und auf die Schritte zurückzuführen sind, die während des Zweiten Weltkrieges von den für diese Schritte zuständigen Regierungen unternommen oder legitimiert worden sind“. Das Potenzial der UNO müsse umfassend gefestigt werden, um sie an die Gegebenheiten der Welt anzupassen und um ihre zwischenstaatliche Natur aufrechtzuerhalten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Tätigkeit des Sicherheitsrates. Nach Auffassung Russlands trägt der Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Russland stimmt auch dem Standpunkt zu, dass „dieses Gremium im Zuge einer vernünftigen Reformierung der UNO repräsentativer gemacht werden muss, wobei es seine Tätigkeit in gebührender Weise operativ ausüben muss“. Entscheidungen über die Schaffung von zusätzlichen Sitzen im Sicherheitsrat müssen mit der „umfassendsten Zustimmung der UN-Mitgliedsstaaten“ getroffen werden. Russland besteht auch weiterhin darauf, dass der Status der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates erhalten bleibt.

#### b. Regionale Sicherheitssysteme

Auch in seinen Aktivitäten im regionalen Bereich geht Russland von „seiner besonderen Verantwortung für die Wahrung der Sicherheit weltweit, sowohl auf globaler als auch auf regionaler Ebene“ aus.

Dem Problemkreis der Europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit wird eine zentrale Bedeutung beigemessen. Sie wird aber als zentrales Problem im weltweiten Zusammenhang gesehen und behandelt. Es ist „perspektivlos, Stabilität und Sicherheit in einem einzelnen Gebiet zu wahren. An besonderer Bedeutung gewinnt die Einhaltung des Prinzips einer gleichen und unteilbaren Sicherheit im euroatlantischen, eurasischen, asiatisch-pazifischen Raum und in anderen Re-

gionen“. Gefragt sei Netzwerkdiplomatie, die flexible Teilnahme an multilateralen Formaten zum Zwecke der Suche nach der Lösung gemeinsamer Aufgaben.

In diesem Sinne baut Russland auch sein „Zusammenwirken mit den Partnern im Rahmen der G-20, BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), SOZ (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, RIC (Russland, Indien, China), sowie im Rahmen anderer Projekte (wozu auch das „Seidenstraße“-Projekt gehört), Organisationen und Diskussionsforen aus.

Zu den prioritären Vorhaben der russischen Politik gehört aber die bi- und multilaterale Kooperation mit den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und eine weitere Festigung der Integrationsvereinigungen im GUS-Raum unter Beteiligung Russlands.

Die EAWU (Eurasische Wirtschaftsunion) mit Armenien, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien kann nach Auffassung Russlands eine wichtige Rolle bei der Harmonisierung von Integrationsprozessen in der europäischen und eurasischen Region spielen.

Als eines der wichtigsten Elemente des Sicherheitssystems im postsowjetischen Raum betrachtet Russland die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS), zu dem Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Weißrussland gehören. Seit 2013 sind Afghanistan und Serbien Beobachter.

### c. Europäische Sicherheit

Die Politik Russlands „im Euroatlantischen Raum ist langfristig auf die Gestaltung eines gemeinsamen Friedens-, Sicherheits- und Stabilitätsraumes ausgerichtet, der sich auf die Prinzipien der unteilbaren Sicherheit, der gleichberechtigten Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens stützt“.

Im vorangegangenen Vierteljahrhundert haben sich aber – laut russischer Position - Probleme angesammelt, die,

- „sich in der geopolitischen Expansion der Nordatlantikpakt- Organisation (NATO) und der Europäischen Union (EU) widerspiegeln“ und
- „mit dem Unwillen einhergehen, die Umsetzung politischer Bestimmungen zur Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheits- und Kooperationssystems in Angriff zu nehmen“.
- Dies verursachte eine „gravierende Krise in den Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten“.
- Russland schätzt in seiner außenpolitischen Konzeption ein: „Der von den USA und ihren Verbündeten eingeschlagene Kurs auf die Eindämmung Russlands und politischer, wirtschaftlicher und Informationsdruck auf Russland erschüttern die regionale und globale Stabilität, schaden den langfristigen Interessen aller Seiten und widersprechen dem zurzeit wachsende Bedarf an Kooperation und Bekämpfung grenzüberschreitender Herausforderungen und Bedrohungen.“

Davon ausgehend lehnt Russland den Standpunkt der Großmächte der EU und der NATO ab, wonach jegliches Sicherheitssystem nur auf zwei Säulen, auf der Grundlage der NATO und der EU, aufgebaut werden könne. Russland plädiert für gesamteuropäische Institutionen. Es will in den zu schaffenden Institutionen gleiches Recht eingeräumt haben. In den 1990er Jahren befürwortete Russland noch den Ausbau der OSZE. Nachdem diese aber von den kapitalistischen Mächten einseitig auf die „humanitäre“ Dimension reduziert und missbraucht wurde, verlor Russland zunehmend Interesse an der OSZE, ohne jedoch einen Rückzug in Erwägung zu ziehen.

Seit 2008 fordert Russland den Abschluss eines völkerrechtlich bindenden Vertrages, dem sich alle Staaten und internationalen Organisationen anschließen sollten. Er soll auf dem Prinzip der „unteilbaren Sicherheit“ beruhen. Ein wichtiger Grund für diesen Standpunkt, dürften die Erfahrungen sein, die Russland und die anderen Staaten mit der Politik der ökonomischen, politischen und militärischen Expansion und mit der Einrichtung militärischer Stützpunkte der USA in den ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten rund um Russland machen mussten und noch machen müssen.

Dem Kurs der Großmächte der NATO und der EU setzt Russland konstruktive Vorschläge entgegen. Am 5. Mai 2008 wurde vom damaligen russischen Präsidenten in Berlin ein Dialog zu Grundfragen der europäischen Sicherheit angestoßen und der russische Vorschlag für einen Vertrag für europäische Sicherheit unterbreitet, der im Rahmen der OSZE und auf bilateraler Ebene erörtert werden sollte. Dazu wurde er auch anderen Sicherheitsorganisationen im euro-atlantischen Raum übergeben. Er wurde aber von den Hauptmächten der EU – und Deutschland marschierte vorneweg - und von den USA abgelehnt.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow präzisierte in seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung am 27. September 2008, dass es Russland dabei um die Bekräftigung der grundlegenden Völkerrechtsprinzipien wie Gewaltverzicht, friedliche Konfliktregelung, Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Staaten, um die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Unteilbarkeit der Sicherheit sowie die Unzulässigkeit, die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu gewährleisten, geht. Man müsse sich Gedanken darüber machen, welche Mechanismen entwickelt werden müssen, um eine effektivere Umsetzung der Prinzipien zu gewährleisten. Vor allem darauf bezogen sich die genannten Vorschläge.

Die Dringlichkeit ihrer Verwirklichung wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, welche Ereignisse die Wirklichkeit charakterisiert haben und noch charakterisieren.

Nach der Pariser Charta (21.11.1990), die auf der Melodie des Antikommunismus, des Antisozialismus und Antisowjetismus das Ende des „Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas“ und das Himmelreich der „blühenden Gärten“ verkündete, folgte in der Wirklichkeit die Zerschlagung der Sowjetunion, danach die Ausdehnung der NATO auf Territorium des ehemaligen Warschauer Vertrages, die Expansion der EU in die ehemals sozialistische Staaten durch die EU-Politik der Östlichen Nachbarschaft, die Aufnahme der europäischen RGW-Staaten in die EU in zwei Schritten, (2004 und 2007), die Aggression gegen Jugoslawien und die Zerschlagung dieses Staates zwecks weiterem Ausbau der Kontrolle und der Herrschaft der EU und NATO auch über dieses Gebiet, die Expansion in die baltischen Staaten, die Ausnutzung der Konflikte in Moldawien, zwischen Aserbaidschan und Armenien sowie der Lage in Georgien durch die imperialistischen Mächte und ihre Bündnisse.

Russland wartet bis heute, dass – wie Außenminister Lawrow unlängst in Berlin formulierte – die EU ihre Politik gegenüber Russland „auf Grund des Interessenausgleichs und nicht der Meinung der russophoben Minderheit“ betreibt.

(<http://de.sputniknews.com/politik/201707136406326-lawrow>)

Die Verweigerung gegenüber den russischen Alternativen der Vernunft wurde jedoch fortgesetzt. Außenminister Lawrow erklärte am 13. Juli 2017 in Berlin sogar, dass „zum ersten Mal nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ... stimmen zu hören (sind), die auf Entfremdungserscheinungen zwischen Russen und Deutschen hinweisen.“

([www.mid.ru/de/foreign\\_policy/news](http://www.mid.ru/de/foreign_policy/news))

Auch wenn man berücksichtigt, dass der Hinweis auf eine bestimmte Zuhörerschaft zuge-

schnitten war, wird damit ein Zustand beschrieben, der sich immer gefährlicher einer Trennungslinie nähert, deren Überschreiten Krieg und Verderben für die Menschheit bedeutet. Kein vernünftiger Mensch kann bestreiten, dass die russischen Vorstellungen von Politik und die gemachten Vorschläge den Erfordernissen für Sicherheit und Frieden der Völker in dieser Situation entsprechen und eine Alternative der Vernunft zur imperialistischen Politik der Expansion sind.

Präsident Putin erklärte kürzlich, Russland habe gelernt, seine nationalen Interessen deutlich zu machen. „Wir haben gelernt, sie (die Interessen – A.L.) entschieden durchzusetzen, indem wir uns unter anderem auf unsere historische Erfahrung gestützt haben.“  
(de.sputniknews.com/politik/20170612316134441-putin-russland-souveränität)

## **Wolfgang Gehrcke**

### **Junge Welt**

*Ausgabe vom 05.07.2017, Seite 2 / Inland*

#### **»Ich zähle mich zur kommunistischen Bewegung«**

Über SPD, illegale KPD, DKP und PDS zur Linkspartei: Der außenpolitische Experte ihrer Fraktion tritt nicht mehr zur Wahl an.

Ein Gespräch mit Wolfgang Gehrcke

Interview: Peter Wolter

Wolfgang Gehrcke (Die Linke), hier während des Bundesparteitags der Linken in Hamburg (15. Februar 2014)

Wolfgang Gehrcke (Jahrgang 1943) war in der SPD, der illegalen KPD, der DKP, der PDS und ist von Beginn an in der Partei Die Linke. Er verlässt nach dieser Legislatur nach 15 Jahren als Abgeordneter den Bundestag

Nach 15 Jahren als Bundestagsabgeordneter nehmen Sie nach dieser Legislaturperiode Abschied von der großen politischen Bühne. Ist damit auch der Abschied von der Politik angesagt, um den Ruhestand zu genießen?

Nein, überhaupt nicht. Mit der Redensart »den Ruhestand genießen« kann ich nichts anfangen. Im Parlament habe ich immer mit voller Leidenschaft für eine andere Politik gekämpft, und das werde ich auch ohne Bundestagsmandat fortsetzen. Ich habe also keine Absicht, mich zurückziehen – ganz im Gegenteil, es wird weiter gekämpft.

Was haben Sie vor?

Ich werde mich weiter um internationale Politik, Frieden und Abrüstung mit den Schwerpunkten Russland, Nahost, Lateinamerika und Europa kümmern. Meine Erfahrungen und meine Kontakte stelle ich gern der Friedensbewegung, antiimperialistischen Initiativen, der Partei Die Linke und der Fraktion zur Verfügung. Ich habe über die Jahre hinweg weltweit viele Bekannte, Freunde, auch Kontrahenten gefunden, die, wie auch ich, an einer weiteren Zusammenarbeit interessiert sind. Über deren geeignete Formen denken wir gerade nach.

Sie haben sich im Bundestag vorwiegend mit außenpolitischen Themen befasst, wobei Sie immer auf eine Kooperation mit Russland hingearbeitet haben. Angesichts der verbreiteten Rus-

sophobie ist das wohl ein aussichtsloses Unterfangen. Aber gab es zumindest kleinere Erfolge? Macht uns Russland nicht zum Feind! Das ist nicht nur meine, sondern auch die Grundaussage der Fraktion, und das steckt auch in den Beschlüssen von Parteitag. Zu den Erfolgen gehört es, dass Die Linke heute ein ausgedehntes Netz an Partnerinnen und Partnern in der russischen Duma, in wissenschaftlichen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen hat.

Für ihre Russland-Politik ist Die Linke auch in Deutschland bekannt. Es ist ein Erfolg, dass unsere Anträge gegen Sanktionen, für Abrüstung und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit über die Debatten im Bundestag hinaus beachtet und aufgegriffen worden sind. Die Linke tritt ein für die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein ziviles System der europäischen Sicherheit.

Aufgrund unseres Antrags ist im Bundestag zum ersten Mal überhaupt über den Verbleib Deutschlands in der NATO beziehungsweise den Austritt diskutiert worden.

Für unsere Positionen zur NATO und zu Russland habe ich in den Netzen der Friedensbewegung nicht ganz erfolglos geworben. Mir hat die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen im Deutsch-Russischen Forum (gemeinnütziger Verein, der sich für einen Dialog zwischen den Ländern engagiert, jW) Freude bereitet und zudem einen erheblichen Zugewinn an Erkenntnissen beschert. Als Erfolg auch meiner Arbeit sehe ich es an, dass meine Partei nie einem deutschen Militäreinsatz zugestimmt hat.

Sie haben sich auch schon über Die Linke geärgert. Warum?

Es wäre gut, wenn Linke konsequenter dächten und danach auch handelten. Ein Beispiel: Zur Zeit ist es völlig unsinnig, die Frage einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene immer wieder von sich aufzuwerfen. Dafür gibt es gegenwärtig keine Chance und seitens der SPD auch keine Bereitschaft. Die Linke wird sich jedenfalls nicht an einer Regierung beteiligen, die an Hartz IV festhält, Soldaten ins Ausland schickt und die Verteilung von Reichtum und Armut unangetastet lässt.

Sie haben einen langen Weg hinter sich: SPD, illegale KPD, DKP, PDS und dann Die Linke. Zu Ihren DKP-Zeiten waren Sie unter anderem acht Jahre lang Landesvorsitzender in Hamburg. Warum haben Sie mit dieser Partei gebrochen?

Ich wurde 1961 aus der SPD ausgeschlossen, weil ich Mitbegründer der Ostermarschbewegung sei, Marx und Brecht lese und mit Kommunistinnen und Kommunisten befreundet sei. So begann mein Weg in die kommunistische Bewegung und dort bin ich immer noch. In welcher Parteiform ich Kommunist bin, habe ich historisch-konkret unterschiedlich beantwortet. An meine Zeit als DKP-Vorsitzender in Hamburg denke ich mit Freude zurück. Meine Antwort auf das vereinigte Deutschland war, dass sich auch die Linke vereinigen muss in mehrererlei Beziehung: Ost und West, unterschiedlicher politischer Richtungen und Traditionen müssen zusammenkommen. Es bleibt die Hoffnung, dass die historische Spaltung der Linken irgendwann überwunden wird.

## Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH )  
e.V.,

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org)

E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Dienstag & Donnerstag,  
jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,  
BIC BEVODEBB**